O-05-127-2 Erneuern wir das Versprechen unserer Demokratie!

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu O-05

Nach Zeile 127 einfügen:
Deshalb müssen wir auf allen Ebenen Bürgerbeteiligung ernst nehmen, das Instrument der Bürger*innenräte nutzen und auf Bundesebene, wie von uns GRÜNEN jahrzehntelang gefordert, die Möglichkeit für Volksentscheide für Teilbereiche der Politik schaffen. Das kann den Reformstau in der Politik auflösen und Menschen ein weiteres Ventil bieten, ihren Unmut über politisches Handeln auszudrücken, ohne dass Rechtsextremisten in immer höherer Zahl in unseren Parlamenten sitzen.

Begründung

Bürger*innenräte werden bislang nur auf Bundestagsebene erwähnt, sollten aber auf allen politischen Ebenen Anwendung finden!

Wenn wir über den Vertrauensverlust der Demokratie sprechen, dann geht es auch um das Gefühl der Menschen bei ihnen wichtigen Fragen keine Stimme zu haben. Dass die "da oben" eh entscheidne was sie wollen, unbahängig von Wahlergebnissen. Ein Ausbau Direkter Demokratie war deshalb jahrzehntelang GRÜNE Forderung. Sie bietet Menschen eine andere, sachbezogene Möglichkeit, ihre Stimme zu erheben. Die Alternative sehen wir jetzt: Der Protest schwemmt immer mehr Rechtsextremisten in die Parlamente. Zumindest für einen Teil der Wähler ist dies nicht Ausdruck eines gefestigt rechtstextremen Weltbildes, sondern eine Proteststimme.

Solange wir Volksentscheide so sorgfältig, sachlich, ausgewogen und fair gestalten wie in der Schweiz, wären diese eine gute Ergänzung unserer Demokratie und sind deshalb im Grundgesetz ja auch ausdrücklich vorgesehen. Es braucht lediglich eines einfachen Bundesgesetzes zur Umsetzung.

weitere Antragsteller*innen

Karl-Martin Hentschel (KV Plön); Daniel Rottke (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Cornelia Ermeier (KV Erding); Christian Judith (KV Schleswig-Flensburg); Nabiha Ghanem (KV Soest); Barbara Klein-Braun (KV Saarbrücken); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Alexandra Rudat (KV München); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Andreas Disselnkötter (KV Ennepe-Ruhr); Andreas Franco (KV Köln); Philipp Mathmann (KV Münster); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Gerhard Fontagnier (KV Mannheim); Judith Göbel (KV Ludwigslust-Parchim); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); sowie 74 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.